

ANALYSE

Eine Stiftung für Schaeffler-Conti

Alles wartet, keiner bewegt sich: Wie beim Mikado-Spiel geht es zu in der Diskussion über zwei deutsche Konzerne, Schaeffler-Continental und Opel. Der mächtige Autozulieferer und der vergleichsweise kleine Autoproduzent stehen finanziell mit dem Rücken zur Wand; doch weder die bisherigen Eigentümer noch die Banken oder der Staat wagen sich mit tragfähigen Konzepten für die Zukunft aus der Deckung. Die einen können wohl nicht, die anderen wollen nicht. Das erklärte Ziel fast aller Beteiligten, der Erhalt von Werken, Werten und Jobs, gerät auf diese Weise in immer weitere Ferne.

Nun machen die Gewerkschaften einen ersten Schritt, den Stillstand zu überwinden. Die IG Metall Schweinfurt und der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) der Region Main-Rhön haben für die Schaeffler-Gruppe ein Modell erarbeitet, das die Zukunft des Unternehmens sichern und ihm zugleich eine neue Struktur geben soll. Das Konzept, das der Berliner Zeitung vorliegt und heute offiziell vorgestellt wird, sieht eine Stiftungslösung vor: Nach einer Umwandlung des Konzerns von einer Kommandit- in eine Aktiengesellschaft soll eine zu schaffende Schaeffler-Conti-Stiftung eine Sperrminorität von mehr als 25 Prozent an der neuen AG übernehmen. Der Familie Schaeffler, bisher Alleineigentümerin und wegen der misslungenen Conti-Übernahme am Rand der Pleite, bliebe eine Minderheitsbeteiligung. Bis zu 50 Prozent am Konzern sollen die Banken halten, deren Forderungen an das überschuldete Unternehmen in Eigenkapital umgewandelt würden.

Der Clou an dem Vorschlag ist aus Sicht der Gewerkschaften die Stärkung der Belegschaften, die über die Stiftung wesentliche Kontroll- und Entscheidungsrechte erlangen. Die Arbeitnehmer sollen nicht nur im Aufsichtsrat einer neuen Schaeffler AG mit zehn Mitgliedern vertreten sein. Sie hätten über die Stiftung auch das Recht, zusätzlich zwei der ebenfalls zehn Arbeitgeber-Mandate in dem Kontrollgremium zu besetzen. Konkret könnten sie so etwa die Abtrennung oder Verlagerung von Betriebsteilen verhindern. Im Stiftungsrat sollen die Beschäftigten gleich stark vertreten sein wie Bund und Länder, die zur Rettung des Konzerns vermutlich etliche Milliarden Steuer-Euro bereitstellen müssten.

Doch nicht allein die Arbeitnehmer sollen profitieren. Banken und Familie, deren komplette Entmachtung selbst die Gewerkschaften nicht fordern, bewahrten sich einen gewissen, jedoch geringeren Einfluss. Der Staat wiederum könnte seine Hilfe daran knüpfen, dass das Steuergeld zum Erhalt von Arbeitsplätzen genutzt und aus Gewinnen rasch zurückgezahlt wird. "Bund und Länder müssen Bedingungen stellen", sagte der IG-Metall-Bevollmächtigte in Schweinfurt und Vizechef der Linkspartei, Klaus Ernst, dieser Zeitung. Klaus Kost von der Beratungsfirma Projekt Consult in Essen, die viele Betriebsräte zu ihren Kunden zählt und das Konzept erstellt hat, betonte: "Das ist das einzige Modell, bei dem Geld an den Staat zurückfließt."

Etliche Details des Stiftungsmodells, das laut Ernst auch auf Opel und andere produzierende Unternehmen übertragbar ist, sind offen und erst in Verhandlungen zu klären. "Wir stehen am Anfang der Debatte", sagte Kost. Besser als Mikado-Spielen erscheint dies allemal.

Quelle: Berliner Zeitung, Textarchiv